



Guido Brombach: KI und selbststimmtes Lernen

Manuel Rühle: Digitale Transformation und Bildungsarbeit



**Forum
Gewerkschaften**

Beiträge u.a. von

Ulrike Eifler, Mario Keßler, Florian Weis, Michael Wendl, Björn Radke, Friedrich Steinfeld, Hinrich Kuhls, Bernhard Sander, Klaus Lang, Wolfgang Müller



Diesen Artikel stellen wir ohne Berechnung zum Kennenlernen und für die Bildungsarbeit zur Verfügung. Das Publikationsprojekt, zu dem die Website www.Sozialismus.de mit aktuellen Analysen gehört, braucht dringend Unterstützung, also neue Abonnent*innen und **Spenden**. Beides ist auf der Website möglich. Vielen Dank im voraus!

Aktuelle Analysen ohne Paywall

veröffentlicht die Redaktion
zwischen den monatlichen
Printausgaben im Netz auf
www.Sozialismus.de

Der Rassismus darf nicht weiter beschwiegen werden

Was ich am Samstag bei der von dem Rechtsextremisten Tommy Robinson in London organisierten Großdemonstration »Unite the Kingdom« mit 110.000 Teilnehmer*innen gesehen habe, war purer Rassismus. Das Schweigen gegenüber dem hier sichtbaren Fanatismus wird von den Schlägern als Zustimmung zu ihrer Botschaft gewertet. Solange wir den Rassismus nicht beim Namen nennen, wird die Labour-Bewegung ihm nicht standhalten können. Ich habe in meinem Leben schon an vielen politischen Demonstrationen teilgenommen. Die Gegendemonstration, die sich Robinsons entgegenstellte, war jedoch die einzige, bei der ich mich tatsächlich bedroht fühlte. [...]

Wie viele Warnschüsse sind noch nötig?

13,7 Mio. Menschen konnten in Nordrhein-Westfalen ihre Kommunalparlamente, Oberbürgermeister und Landräte bestimmen. In der Folge wird bundespolitisch im Vorfeld der nächsten Landtagswahlen die neue Agenda-Politik ins Zentrum rücken. Allerdings wird das überlagert von der Intensivierung des Sicherheitsdiskurses. [...]

Dafür brauchen wir Unterstützung!

Wie Abonnent:innen und
Leser:innen das konkret machen
könnten, steht ebenfalls unter
www.Sozialismus.de

Heft Nr. 10 | Oktober 2025 | 52. Jahrgang | Heft Nr. 509

Was bedeutet der »Herbst der Reformen«?

Michael Wendt: Bullshit-Bingo oder »mutige Reformen«?	2
Joachim Bischoff/Bernhard Müller: Stagnation in Deutschland Trübe Zukunftsaussichten und wortradikale Agenda: länger Arbeiten und Sozialleistungen kürzen?	5
Ulrike Eifler: Schwarz-Blau mit Ansage?	12

Neuordnung in der Energieversorgung

Björn Radke: Rollback in der Klimapolitik	16
--	----

Die Folgen des Vormarschs der Rechtsextremen

Friedrich Steinfeld: Quo vadis Israel? Ein genozidales Regime mit geopolitischem Risiko	21
Hinrich Kuhls: Britannien im Schlepptau von Trump Die Labour Party im Anpassungssog des Rechtspopulismus	26
Bernhard Sander: Französische Ausnahmezustände	33

Die Rache des Staatsplanung?

Wolfgang Müller: China und seine Überkapazitäten Planung und Hyper-Wettbewerb im Staatskapitalismus	38
--	----

Forum Gewerkschaften

Manuel Rühle: Die digitale Transformation und gewerkschaftliche Bildungsarbeit	43
Guido Brombach: Selbstbestimmt lernen, um gemeinsam zu handeln Lernen in eigener Sache mit KI in der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit	47

Überraschendes aus der Geschichte

Mario Keßler: Literatur als Weg zur Revolution Trotzkis frühe literarische Schriften sind jetzt in großem Umfang zugänglich	51
Florian Weis: »Die jüdische mit der allgemeinen proletarischen Bewegung zu vereinen«. Jüdinnen und Juden in der internationalen Linken	57

Ein aktuelles Buch

Klaus Lang: Die Atommafia und »Die Gewerkschafterin« Zur deutschen Ausgabe des Buches von Caroline Michel-Aguirre	61
--	----

Impressum | Veranstaltungen | Film

Impressum	63
Veranstaltungen & Tipps	64
Hasko Hüning: Was uns verbindet (Filmkritik)	65

Britannien im Schlepptau von Trump

Die Labour Party im Anpassungssog des Rechtspopulismus

von ■ Hinrich Kuhls

Die Rücksichtnahme auf den rechtspopulistischen Diskurs in Gesellschaft und Medien führt dazu, dass die Stellungnahmen der Labour-Regierung selbst bei herausragenden Ereignissen, wie dem Stimmenzuwachs von Reform UK bei den Kommunalwahlen oder der größten Demonstration von Rechtsextremisten in den letzten Jahrzehnten, zurückhaltend ausfallen. So bezeichnete Premierminister Starmer nach den Kommunalwahlen im Mai nicht mehr die Vorsitzende der Konservativen Partei als seine Hauptkonkurrentin für das Amt des Premierministers, sondern Nigel Farage, den Vorsitzenden von Reform UK – ein weiterer Schritt zur Normalisierung des autoritären Rechtspopulismus. An der schwach besuchten Gegendemonstration gegen den Aufmarsch der Rechtsextremisten am 13. September nahm niemand aus dem erweiterten Kreis der Labour-Regierung teil. Erst mit Verzögerung erklärte Starmer, der während des

Aufmarschs auf der VIP-Tribüne seines bevorzugten Fußballclubs saß, er verurteile die Übergriffe auf die Polizei am Rande der Demonstration. Er fügte hinzu: »Unsere Flagge repräsentiert unser vielfältiges Land, und wir werden sie niemals denen überlassen, die sie als Symbol für Gewalt, Angst und Spaltung benutzen.«

Aufmarsch der Rechtsextremisten in London

Die Demonstration und Kundgebung zur »Verteidigung der Meinungsfreiheit«, zum »Stopp der Einwanderung« und zur »Rettung des Christentums« hatte eine Gruppe um den Rechtsextremisten Tommy Robinson mit Unterstützung der Britain-First-Partei für das Wochenende vor Trumps Staatsbesuch organisiert. Mit 150.000 Teilnehmer*innen war es der größte



Foto: picture alliance/dpa

Aufmarsch britischer Rechtsextremisten nach dem Zweiten Weltkrieg. Bei der Kundgebung wurde die zunehmende Globalisierung der extremen Rechten deutlich, denn es sprachen internationale Redner wie der französische Politiker Éric Zemmour und der südafrikanisch-amerikanische Tech-Milliardär Elon Musk. Musk wiederholte seine Präferenz für Robinson gegenüber Farage. Musk, der in den USA ebenfalls den Aufbau einer Partei rechts der rechtspopulistischen Parteiformationen verfolgt, hat sich in verschiedenen europäischen Ländern in die rechtsextreme Politik eingemischt, darunter auch in Deutschland, wo er online bei Treffen der rechtsextremen AfD auftrat und behauptete, dass »nur die AfD Deutschland retten kann«. In London sagte er, die britische Öffentlichkeit habe »Angst, ihre Meinungsfreiheit auszuüben« und die BBC sei »an der Zerstörung Großbritanniens mitschuldig«. Er agitierte für die Absetzung der Labour-Regierung und Neuwahlen.

Noch im Dezember 2024 hatten sich Musk und Farage in Trumps Mar-a-Lago-Residenz in Florida getroffen. Damals erklärte der Tech-Milliardär, er erwäge eine beträchtliche Spende an Farages Partei. Die aufblühende Freundschaft zwischen den beiden war sowohl für die Konservativen als auch für die Labour Party zu einem ernsthaften Anlass zur Sorge geworden. Aufgrund Musks wiederholter Kritik an Starmer schlug Lord Mandelson, der zum britischen Botschafter in Washington ernannt worden war, vor, Farage als »Brückenkopf« zwischen der Labour-Regierung und der neuen US-Regierung einzusetzen. (Financial Times, 5.1.2025) Nachdem sich Farage vorsichtig von Musks Äußerungen distanziert hatte, in denen dieser Starmer und vor allem die für Gewaltprävention zuständige parlamentarische Staatssekretärin Jess Phillips verunglimpft hatte, forderte Musk, dass Farage durch Robinson als Vorsitzender der Reform UK Partei ersetzt werden solle. Es ist daher nicht auszuschließen, dass der Aufmarsch »Unite the Kingdom« aus den USA auch finanziell unterstützt wurde.

Die Größe des Aufmarschs sowie die Gewalttätigkeit einiger Demonstranten zeigt, dass Großbritannien, oder genauer gesagt England – da die extreme Rechte in Schottland und Wales weniger stark vertreten ist – keine Ausnahme vom globalen Trend darstellt. Die Stellungnahmen aus der Labour Party deuten darauf hin, dass sie nicht von ihrer Illusion abrückt, dass sie mit der extremen Rechten in Fragen der Migrationsbekämpfung konkurrieren kann. Dass Reform UK seit Monaten in den Umfragen vorne liegt, die Tories als Partei der Rechten abgelöst hat und auch Labour in den Schatten stellt, ist nicht überraschend. Denn die verschiedenen rechtspopulistischen Parteien, bei denen Farage den Vorsitz hatte, waren nie reine Ein-Themen-Parteien. Doch es war Farage, der schon vor dem Brexit die Migrationsfrage ins Zentrum gerückt hatte, bevor die Brexit-Befürworter auch anderer Parteien Migration zum zentralen Thema des EU-Referendums machten.

Labours Kurswechsel nach dem Brexit

Das Votum für den Brexit – den Austritt des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union nach mehr als 40-jähriger Mitgliedschaft – war im Juni 2016 der erste große Triumph der sich international neu formierenden Bewegung des

Rechtspopulismus. Wenige Monate später folgte der erste Wahlsieg Donald Trumps als Präsident der USA. Die Schwächung und Zerstörung multilateraler Organisationen zugunsten einer Restauration und Kräftigung nationalstaatlicher Politik war das gemeinsame Ziel der Tory-Regierungen und der ersten Trump-Administration. Als Katalysator für dieses Ziel und zur Absicherung ihrer politischen Mehrheiten setzten sie auf eine fremdenfeindliche Politik der Exklusion gegenüber Migrant*innen und Staatsbürger*innen ethnischer Minderheiten, um dem von Resentiments geprägten Wunsch einer Mehrheit der Wahlbevölkerung nachzukommen, einen allseitigen »Kontrollverlust« zu beenden. In den USA lautete die Parole »Make America Great Again«, Konservative und Rechtspopulisten im Vereinigten Königreich versprachen ein blühendes »Globales Britannien«.

In der Kampagne gegen den Brexit konkurrierten die Befürworter eines Verbleibs in der EU, die die Mitgliedschaft im Rahmen der bestehenden Verträge fortsetzen wollten, mit jenen, die sich für eine Reform der EU in Richtung einer stärkeren Integration der Sozial- und Fiskalpolitik sowie der Infrastrukturauscheidungen einsetzten. Zur ersten Gruppe zählten vor allem die Mehrheit der Mitglieder der damaligen Labour-Fraktion, die noch den Labour-Regierungen von Tony Blair und Gordon Brown angehörten oder deren New-Labour-Politik des Dritten Wegs unterstützten, und die Liberaldemokraten. Zur zweiten Gruppe gehörten neben den kleinen walisischen und schottischen Regionalparteien sowie der Grünen Partei vor allem die damalige Labour-Führung um Jeremy Corbyn. Keir Starmer, der von 2015 bis 2020 zunächst als migrationspolitischer Sprecher und dann als Fraktionssprecher für die Brexit-Verhandlungen in Corbyns Schattenkabinett fungierte, trug mit seinem Eintreten für ein weiteres EU-Referendum, das einem Parteitagsbeschluss zuwiderlief, nicht unwesentlich zur Wahlniederlage der Labour Party im Jahr 2019 bei.

In der Beurteilung des damaligen und heutigen US-Präsidenten waren sich die Brexit-Gegner einig. So twitterte Yvette Cooper, die damals den Innenausschuss leitete, während Trumps erstem Staatsbesuch im UK im Jahr 2019, sie sei »entsetzt« darüber, dass die damalige Premierministerin Theresa May »diesem Mann eine Plattform auf dem roten Teppich« geboten habe. Es helfe Britannien nicht, »einen Präsidenten mit Pomp zu überhäufen, der so entschlossen ist, sich spalterisch, kindisch und destruktiv zu geben« und der »ignorant« und »islamfeindlich« sei. Zudem kritisierte sie seine Annäherung an Russland im Jahr 2017 als Beitrag zur globalen Instabilität und als Risiko für die »Sicherheitszusammenarbeit« der USA und des UK. Als neu ernannte Außenministerin begrüßte sie Trump nun am 16. September 2025 herzlich zu seinem zweiten Staatsbesuch.

Nach der Restauration der vollen staatlichen Souveränität des UK außerhalb der EU Anfang 2021 konnten die Tory-Regierungen ihr wichtigstes außenhandelspolitisches Ziel, einen Freihandelsvertrag mit den USA abzuschließen, gegenüber der Regierung von Präsident Joe Biden nicht durchsetzen. Der Brexit-Bonus der Konservativen verflog schnell, weil sich die Le-

Hinrich Kuhls lebt in Düsseldorf und ist Mitglied der Sozialistischen Studiengruppe (SOST). In Sozialismus.de 9-2025 schrieb er über »Die Labour-Regierung in der Sackgasse. Zur Umbruchsituation des britischen Parteiensystems«.

bensverhältnisse nicht verbesserten, die Migration in den Arbeitsmarkt und die Hochschulen anstieg und sich die Ziele eines »globalen Britanniens« im Außenhandel nicht einstellten. Je weniger es der rechtspopulistischen Mehrheit bei den Konservativen gelang, die Zustimmungswerte zu halten, desto stärker wurde die Partei Reform UK, die neue politische Formation des britischen Rechtspopulismus, mit ihrem neuen Vorsitzenden Nigel Farage, dem langjährigen Aushängeschild des britischen Nationalismus. Vor allem das Scheitern des Versuchs der Tory-Regierung (Kabinettsunak), der »irregulären Migration« auf der Route über den Ärmelkanal mit Deportationen nach Ruanda zu begegnen, trug zum Stimmensplitting in vielen Wahlkreisen zwischen den Kandidat*innen der Konservativen Partei und Reform UK bei. Dies ermöglichte den hohen Wahlsieg der Labour Party im Juli 2024.

Der Start der neuen Labour-Regierung (Kabinetts Starmer I) wurde innenpolitisch von fremdenfeindlichen Ausschreitungen überschattet. Auslöser war die ethnische Diskriminierung des Täters eines Tötungsdelikts, bei dem drei Mädchen im Primarschulalter ums Leben gekommen waren. Schon bei der Argumentation, die die Aburteilung straffälliger gewalttätiger Demonstrierender begleitete, zeigte sich, dass die Labour Party die Rechtsverschiebung im britischen Diskurs in Fragen der inneren Sicherheit und Migration ebenfalls mitvollzogen hatte. Labour hatte sich zudem seit der Wahl der Parteiführung im April 2020 – Keir Starmer zum Vorsitzenden und Angela Rayner zur Stellvertreterin – programmatisch sukzessive von der linkssozialdemokratischen Politik (umfangreiche Infrastrukturprogramme und integrative Sozialpolitik) der Corbyn-Ära verabschiedet und war zu einer Sozialstaatspolitik im Rahmen einer Politik der leichten Austerität der New-Labour-Kabinette zurückgekehrt. Neu waren die Einschränkung der innerparteilichen Demokratie und die Übernahme der kulturkämpferischen Rhetorik seitens der Parteiführung. So war es nur folgerichtig, dass im ersten Regierungsjahr Kritiker*innen in der Labour-Fraktion, die die sozialpolitischen Weichenstellungen bei der Kinder- und Altersarmut oder die Restriktionen beim Demons-

trationsrecht deutlich kritisierten, mit Fraktionsausschluss belegt wurden.

Außenpolitisch stand die Regierung Starmer nach der Abwahl der Biden-Administration, die ihr zunächst einen reibungslosen Einstieg in die Entscheidungsabläufe bei NATO und G7 ermöglicht hatte, vor einem Dilemma. Denn nachdem Labour aus der Opposition heraus Biden dabei unterstützt hatte, die Tory-Regierung zur Einhaltung internationaler Verträge (Nordirland; Migration) zu verpflichten, sah sich Starmer nun mit Trump einem Präsidenten gegenüber, dessen Unterstützer in der Republikanischen Partei beste Beziehungen zu britischen Politiker*innen des rechten Lagers unterhalten: Personen der konservativen Parteiführung, sowohl aktuelle (Kemi Badenoch und ihr Stellvertreter Robert Jenrick) als auch ehemalige (Boris Johnson; Liz Truss), die rechtspopulistische Reform-UK-Partei (Nigel Farage et al.) sowie die rechtsextreme Britain-First-Partei (Tommy Robinson).

Der Labour-Regierung musste es gelingen, die militärische Kooperation mit den USA zu sichern, die Handelsbeziehungen zum nach der EU größten Handelspartner trotz des angekündigten Zollkriegs aufrechtzuerhalten und den Weg für ein Freihandelsabkommen mit den USA offenzuhalten. Die Lösung im Februar bei Starmers Antrittsbesuch bei Trump: Lord Peter Mandelson wurde ungeachtet seiner zweimal erzwungenen Rücktritte aus dem Kabinetts Blair und seiner ungeklärten Beziehungen zu einem Putin-nahen Oligarchen sowie zum verstorbenen Sexualstraftäter Epstein als Botschafter ernannt.¹ Zudem erhielt Trump eine von König Charles III. unterzeichnete Einladung zu einem zweiten Staatsbesuch noch im Jahr 2025, also ein Jahr vor dem 250. Jahrestag der förmlichen Unabhängigkeitserklärung der Vereinigten Staaten vom Vereinigten Königreich am 4. Juli 1776, in der zum ersten Mal in der Geschichte des Westens fundamentale Menschenrechte wie das Recht auf Leben und Freiheit staatsrechtlich verankert wurden, bevor der Unabhängigkeitskrieg mit dem Frieden von Paris 1783 und die »Amerikanische Revolution« mit der Ratifizierung der US-Verfassung und der Wahl des ersten Präsidenten George Washington 1789 endeten.



Heinz-J. Bontrup **Erbeuteter Reichtum**

Wege aus der neoliberalen Zerstörung

978-3-89438-858-4 | 459 S. | € 26,90

»Man hätte sich gewünscht«, so der Ökonom Heinz-J. Bontrup, »dass nicht die Ärmsten sanktioniert werden, sondern die Vermögenden«. Doch von ihrem »erbeuteten Mehrwert« müssen »die Reichen nichts zurückgeben«. Ein Plädoyer gegen Irrlehren und neoliberale Zerstörung. Aber auch eine Forderung nach mehr Demokratie in der Wirtschaft wie im Staatssektor.



Peter Wahl / Erhard Crome / Frank Deppe / Michael Brie

Weltordnung im Umbruch
Krieg und Frieden in einer multipolaren Welt

978-3-89438-842-3 | 171 S. | € 14,90

Die 500-jährige Dominanz des Westens über den »Rest der Welt« neigt sich, der Globale Süden hat ein Gewicht wie nie zuvor. Ob beim Blick auf geopolitische Dynamiken oder auf jene Kontroversen, die in der gesellschaftlichen Linken angesichts aktueller Kriege aufgebrochen sind: Den Autoren geht es um eine Friedensbewegung auf der Höhe der Zeit.

PapyRossa Verlag | www.papyrossa.de

In den Monaten zwischen der Einladung und der Zeremonie des Staatsbesuchs sollten diverse Kooperationsabkommen vorbereitet und mit ihrer Bekanntgabe im Herbst während des Staatsbesuchs »Phase 2« der »Politik des Wandels« der Labour-Regierung eingeleitet werden. In dieser Zeit zeigte sich, dass die Trump-Administration aber nicht nur einen Zollkrieg zur Verringerung des Außenhandelsdefizits der USA führte, sondern auch in die politischen Willensbildungsprozesse ihrer Alliierten in Europa eingriff, um die Kräfteverhältnisse zugunsten der Verfechter einer illiberalen Demokratie zu stärken.

Einerseits gestand die Trump-Administration der Labour-Regierung eine Beschränkung der Zölle auf britische Einfuhren auf nur 10% zu und stimmte einer Fortsetzung der Kooperation bei der Umrüstung der britischen Atomwaffen samt Trägersystem zu. Andererseits präsentierte im Spätsommer der republikanisch dominierte Kongress jedoch den Reform-UK-Vorsitzenden Farage als Zeugen in einem »Untersuchungsausschuss« für die Behauptung, dass die Meinungsfreiheit im UK und damit das Agieren der digitalen US-Plattformen angeblich eingeschränkt sei. Zuvor hatten die Interventionen und die Unterstützung der US-amerikanischen Vertreter eines illiberalen Autoritarismus – Trump, Bannon und Musk – für die britische Rechte die Aufwärtsbewegung von Reform UK seit den Kommunalwahlen im Mai beflügelt.

So dominierten im Sommer 2025 die Rechtspopulisten mit ihrer Verhöhnung der Migrationspolitik der Labour-Regierung den innenpolitischen Diskurs. Fast wöchentlich war Farage mit einer ausführlichen Pressekonferenz in den Medien präsent, in der er u.a. die teils rechtswidrige Deportationspolitik der Trump-Administration positiv thematisierte. Die umfangreiche Berichterstattung über fremdenfeindliche Proteste vor Hotels, in die mangels anderer Unterkünfte Asylbewerber*innen eingewiesen worden waren, über die Restriktionen seitens der Regierung gegenüber Asylbewerber*innen aus Afghanistan und über das Abkommen mit Frankreich zur Rückführung von »Bootsflüchtlingen« sowie über die Vorberichte zum Reform-UK-Parteitag machten die Migrationsfrage erneut zu dem politischen Thema des Sommers.

Einige Fakten zur Migration²

Im August nannten fast die Hälfte der Brit*innen (48%) die Migration als eines der wichtigsten Probleme, mit denen das UK konfrontiert ist. Dies ist die höchste Besorgnis über die Migration, die seit Beginn der Umfragen durch das Meinungsforschungsinstitut Ipsos im Jahr 1974 verzeichnet wurde – abgesehen von der Zeit der europäischen Migrationskrise 2015/16, die das Brexit-Votum maßgeblich beeinflusste. Doch was zeigen die Zahlen wirklich und sind die Behauptungen über Migrant*innen korrekt? Trotz der in den letzten Monaten gestiegenen öffentlichen Besorgnis über die Einwanderung zeigen die offiziellen Daten, dass die Zahl der Menschen, die ins Land kommen, zurückgeht – wenn auch von einem Rekordhoch aus. Laut Statistikamt schwankte die Nettozuwanderung seit 2011 zwischen 200.000 und 300.000 Menschen pro Jahr. Seit dem Inkrafttreten des Brexits am 1. Januar 2021 war jedoch ein starker Anstieg der Einwanderungszahlen zu verzeichnen. Aktuelle Zahlen zeigen,

dass diese Welle abebbt. So ging die Nettozuwanderung 2024 um die Hälfte zurück und aufgrund der jüngsten Regeländerungen wird ein weiterer Rückgang erwartet. Dies ist vor allem auf einen Rückgang der Visa für Beschäftigte in Gesundheits- und Pflegeberufen zurückzuführen. Zudem fliehen derzeit weniger Menschen vor dem Krieg in der Ukraine und vor den Taliban im Rahmen des inzwischen abgeschlossenen afghanischen Humanitätsprogramms. Auch die Zahl der Visa für Studierende ist zurückgegangen. Im August, wenn die Anträge vor Beginn des akademischen Jahres ihren Höhepunkt erreichen, gingen die Anträge im Vergleich zu 2024 um 1,5% und im Vergleich zum gleichen Monat im Jahr 2023 um 18% zurück.

Farage hält aber an seinem Vorwurf gegenüber dem früheren Premier Johnson fest, er habe »Millionen von Menschen nach Großbritannien gelassen, von denen die meisten übrigens nicht einmal arbeiten und uns ein Vermögen kosten«. Die verfügbaren Fakten widersprechen jedoch deutlich seiner Darstellung.

Trotz der großen Medienaufmerksamkeit für die Bootsüberfahrten von Frankreich aus und für Asylsuchende stellen sie nur einen kleinen Teil der Gesamtzahl der Menschen dar, die nach Britannien kommen. Sie machen weniger als 5% der vom Innenministerium erteilten Visa und der im Jahr 2025 registrierten Einreisen aus.

Die größte Gruppe der Menschen, die nach Britannien einreisen, sind Studierende (etwa 47%, einschließlich Angehöriger). Von Studierenden wird nicht erwartet, dass sie arbeiten, aber sie leisten einen finanziellen Beitrag in Form von Studiengebühren, auf die viele Hochschulen nicht verzichten können. Eine unbefristete Aufenthaltsgenehmigung können sie nicht erhalten. Entweder müssen sie das Land verlassen oder im Anschluss an das Studium eine bezahlte Arbeit aufnehmen.

Die zweitgrößte Gruppe sind Menschen mit Arbeitsvisa, die 20% ausmachen, davon sind 11% Angehörige, die mit den ausländischen Beschäftigten regulär ins Land einreisen.

Die Frage, wie viele Menschen mit anderen Visa arbeiten, lässt sich nicht genau beantworten. Derzeit sind die veröffentlichten Daten zu den Einkommen von Einwanderern lückenhaft und werden durch die anhaltenden Probleme mit der Arbeitskräfteerhebung des Statistikamts nicht besser. In einer Studie³ des Innenministeriums gelang es, einige zwischen 2019 und 2023 erteilte Visumstypen mit den Daten zu Einkünften, auf die im Finanzjahr 2023/24 Lohnsteuer (PAYE) erhoben wurde, zu verknüpfen. Die Mehrzahl verzeichnete Einkünfte. Die Studie ergab, dass nicht nur Personen mit einem Arbeitsvisum, sondern auch fast die Hälfte der Personen mit Familienvisum (48%) einer Beschäftigung nachgingen und über ein PAYE-Einkommen verfügten. Dabei sind Selbstständige und Personen, die das Land bereits verlassen haben, nicht berücksichtigt. Die PAYE-Daten deuten darauf hin, dass viele Angehörige tatsächlich lohnabhän-

¹ Nachdem Mandelsons unkritische Unterstützung Epsteins nach dessen Verurteilung bekannt geworden war, wurde der Botschafter am 11.9.2025 fristlos entlassen.

² Die Ausführungen in diesem Abschnitt folgen dieser Kurzanalyse: Michael Goodier: What do the immigration figures for the UK really show? In: The Guardian, 14.9.2025; www.theguardian.com/uk-news/2025/sep/14/what-do-the-immigration-figures-for-the-uk-really-show.

³ Home Office: Sponsored Work and Family visa earnings, employment and Income Tax. Published 12 May 2025. London: GOV.UK; online verfügbar.

gig arbeiten: 67% der Angehörigen von Gesundheits- und Pflegekräften, 45% der Angehörigen von Fachkräften sowie 25% der Angehörigen von Senioren oder Spezialisten mit Visum erzielten Einkünfte. Bereinigt man die Zahlen um die Hauptvisuminhaber, die das Land verlassen haben, liegen die Schätzzahlen zu Migrant*innen, die in Arbeit sind, noch höher.

Das Migration Observatory stellte fest, dass die Einkommen von Migrant*innen schnell steigen. Im Jahr 2024 lag der Medianwert der Migrant*innen aus Nicht-EU-Ländern auf einem ähnlichen Niveau wie der Medianwert der britischen Beschäftigten – oder sogar leicht darüber. Selbst wenn statistisch noch nicht im Detail feststeht, in welchem Umfang die in den letzten beiden Jahren Zugezogenen zum Sozialprodukt beitragen oder auf Unterstützungszahlungen angewiesen sind, ist es angesichts der Tatsache, dass die meisten Migrant*innen das britische Schulsystem nicht in Anspruch nehmen und für ihre Behandlung im Rahmen des NHS zunächst selbst aufkommen müssen, unwahrscheinlich, dass sie, wie von Farage behauptet, »mehr kosten würden als andere«.

Zustimmungsverluste für Labour

Konfrontiert mit einer aufstrebenden radikalen Rechten steht Labour wie andere sozialdemokratische Parteien in ganz Europa vor einem schwierigen Dilemma: Soll sie sich in Bezug auf Einwanderung und andere »kulturelle« Themen nach rechts bewegen, um die Bedrohung zu neutralisieren, oder soll sie sich für liberalere Positionen entscheiden? Dieses Dilemma spiegelt sich in der eigenen Wählerschaft wider, die sich aus der indigenen Arbeiterklasse, die eher autoritär und kulturell konservativ ausgerichtet ist, und den kosmopolitischen Mittelschichtlern, die kulturell liberal sind, zusammensetzt. In der Regel wurde mit einer rechtsgerichteten Einwanderungspolitik reagiert – so auch Starmer nach seiner Wahl zum Labour-Vorsitzenden.⁴

Entsprechend dieser Rechtsverschiebung hat die Labour-Regierung ihre Einwanderungspolitik neu konzipiert. Am 12. Mai 2025 stellte Starmer ein umfassendes Weißbuch⁵ zur Migration vor, das eine deutliche Verringerung der Nettozuwanderung zum Ziel hat. Er bezeichnete den Politikwechsel als notwendig, um zu verhindern, dass Großbritannien zu einer »Insel der Fremden« werde – eine Formulierung, die an die berüchtigte, rassistisch motivierte Rede des Konservativen Enoch Powell aus dem Jahr 1968 erinnerte.⁶ Das Weißbuch und die Rede markierten einen bemerkenswerten rhetorischen und politischen Wendepunkt für die Labour-Regierung. Obwohl diese Politik lange vorbereitet worden war, wurde sie als Antwort auf den Aufschwung der Reform-UK-Partei gesehen. Diese hatte zwei Wochen zuvor Labour bei einer Nachwahl besiegt, bei den Kommunalwahlen im Mai 2025 beträchtliche Zugewinne erzielt und war in den landesweiten Wahlprognosen stärkste Partei geworden.

Die Entscheidung für eine Zuspitzung der Migrationspolitik wurde getroffen, obwohl die überwiegende Mehrheit der Reform-UK-Wählerschaft ehemalige Wähler*innen der Konservativen und nicht der Labour Party sind. Ungeachtet seiner tatsächlichen politischen Auswirkungen war das Weißbuch in seinem Tonfall robust. Im Vorwort des Premierministers hieß es: »Britannien wurde zu einem Ein-Nationen-Experiment mit

offenen Grenzen. Der Schaden, den dies unserem Land zugefügt hat, ist unabsehbar. Öffentliche Dienstleistungen und der Wohnungsmarkt sind zu stark unter Druck geraten.« Die neue politische Ausrichtung machte die Migrationspolitik somit zum Dreh- und Angelpunkt und führte das Versagen in anderen Politikbereichen – wie dem öffentlichen Dienst und dem Wohnungswesen – auch auf die Einwanderung zurück.

Die Folgen waren unmittelbar und dramatisch. Die Rede und in geringerem Maße auch das Weißbuch führten zu Kritik aus der Zivilgesellschaft, von Migrantenrechtsgruppen sowie innerhalb der Labour Party selbst. Nach der Rede höhnte Farage, dass Starmer »sehr viel« von ihm und seiner Partei gelernt habe. Starmers Rede und Farages Reaktion spiegeln die breiteren Spannungen innerhalb sozialdemokratischer Parteien wider. Diese müssen sich mit der Frage auseinandersetzen, wie sie ihr traditionelles Bekenntnis zu Gleichheit und Inklusion mit dem wahrgenommenen wachsenden öffentlichen und politischen Druck, eine restriktive Einwanderungshaltung einzunehmen, in Einklang bringen können. Dabei stellt sich auch die Frage, ob ein solcher Schwenk Wahlvorteile bringt oder stattdessen als Nachahmung einer rechtsradikalen Partei angesehen wird, die sich die Einwanderungsfrage bereits zu eigen gemacht hat.

Ein Autorenkollektiv⁷ hat die Nachwirkungen der »Insel der Fremden«-Rede untersucht. Demnach hat die Rede die Wahrnehmung der Labour Party signifikant verändert. Sie wird nun als stärker einwanderungsfeindlich und rechtsgerichtet wahrgenommen. Entscheidend ist, dass diese Veränderung sofort mit einem Einbruch der Wahlabsichten verbunden war. Andererseits wurden keine entsprechenden Zuwächse für die rechtsradikale Reform-UK-Partei festgestellt. Auch gab es keine Anzeichen dafür, dass die Übernahme der einwanderungsfeindlichen Rhetorik durch Labour die Anziehungskraft von Reform UK verringert hätte. Die Ergebnisse verdeutlichen die Risiken strategischer Konvergenz und zeigen, dass die Übernahme ausgrenzender Rhetorik durch sozialdemokratische Parteien für diese mit höheren Zustimmungsverlusten verbunden ist als für ihre rechtsradikalen Konkurrenten. Die Rede erhöhte zudem auch die Bedeutung der Migrationsfrage als Thema der politischen Diskussion.

Die Anpassungsstrategie hatte über verschiedene Bereiche der Unterstützung für die Labour Party hinweg einen negativen Effekt: Die Wahlabsichten für Labour und die Sympathiewerte für den Parteivorsitzenden (und Premierminister) reduzierten sich, und die Labour Party wurde insgesamt als politische Akteur – wenn auch nicht signifikant – negativer wahrgenommen. In keinem der verwendeten Modellierungsansätze gibt es ein Szenario, in dem sich eine positive Wirkung auf die Unterstützung der Labour Party zeigt. Das vielleicht folgenreichste Ergebnis ist jedoch, dass die negativen Effekte nicht nur die Labour Party, sondern auch andere Parteien des linken Spektrums betreffen. »Unsere Ergebnisse sind auch deshalb von Bedeutung, weil öffentlichkeitswirksame Veränderungen in der migrationsfeindlichen Rhetorik der etablierten Parteien den Wählern signalisieren, was in der politischen Debatte als akzeptabel angesehen wird. Sind diese Normalisierungsprozesse erst einmal in Gang gekommen, lassen sie sich nur schwer wieder rückgängig machen. Das trägt zu den potenziellen langfristigen Kosten solcher Strategien zu Lasten linker Parteien bei.«⁸

Parteitag von Reform UK

Als erstes großes Ereignis nach der Sommerpause war seit Langem der Parteitag von Reform UK für das erste September-Wochenende terminiert. Die rechtspopulistisch-nationalistische Partei in der Nachfolge der früheren UKIP- und Brexit-Partei liegt seit Monaten mit großem Abstand in den Umfragen zur Wahlabsicht vor der Labour Party und den Konservativen. Zuletzt waren es 35% für Reform UK, 20% für Labour und 17% für die Tories. Im Mai hatte Reform UK bei den nach dem Mehrheitswahlrecht durchgeführten Teil-Kommunalwahlen in England knapp ein Viertel aller Mandate gewonnen. Mit 240.000 Mitgliedern – diese Zahl nannte der Parteivorsitzende Farage zu Beginn des Parteitags – nähert sich die Partei schnell der Mitgliederzahl der Labour Party, die derzeit auf 300.000 geschätzt wird.

Im Vorfeld von Trumps Staatsbesuch war der Parteitag darauf ausgerichtet, Reform UK als führende nationale Kraft Großbritanniens zu etablieren. Bereits bei der ersten Wahl Trumps im Jahr 2015 war Farage als Aushängeschild des Brexit-Votums der erste britische Gast im Trump Tower in New York – noch vor dem damaligen Außenminister Boris Johnson. Nun trat Farage wenige Tage vor dem Parteitag vor dem Justizausschuss des US-Repräsentantenhauses auf. Dort warnte er vor angeblichen Angriffen auf die freie Meinungsäußerung in Großbritannien. Sein Land entwickle sich zu einem »illiberalen und autoritären Zensurregime« und befinde sich de facto in einem »Krieg gegen die Freiheit«. Das Vereinigte Königreich stehe »in einer Linie mit autoritären Staaten wie Nordkorea«. Zudem kritisierte er den britischen »Online Safety Act«, da dieser seiner Ansicht nach amerikanische Tech-Unternehmen unter Druck setzen und letztlich auch die Meinungsfreiheit in den USA bedrohen könnte.

Beim zentralen Parteitagsthema »Remigration« kündigte Farage an, dass Reform UK nach einem Wahlgewinn innerhalb von 14 Tagen nach Schaffung der legalen Voraussetzungen – ungeachtet völkerrechtlicher Verpflichtungen – mit der Deportation von Asylbewerber*innen und Migrant*innen beginnen werde. Als Highlight unter den Neumitgliedern wurde die frühere konservative Kulturministerin Nadine Dorries präsentiert. Sie ist die

13. Person in der Reihe ehemaliger Abgeordneter der Konservativen Partei, die zu den Rechtspopulisten übergetreten sind. Wenige Tage nach dem Parteitag wechselte mit Danny Kruger ein aktiver Tory-Abgeordneter zu Reform UK. Er war der letzte Stabschef bei Premier Johnson und soll nun den Wahlkampf für Reform UK organisatorisch und programmatisch vorbereiten. Farage erwartet diesen für 2027.

Starmer lässt sein Kabinett rotieren

Statt die »Phase 2« seiner Regierung mit einem britisch-amerikanischen Technologieabkommen im Glanz und Pomp des Staatsbesuchs zu feiern, musste Starmer zwei Wochen zuvor und zum Auftakt des Reform-UK-Parteitags sein Kabinett umbilden. Grund war eine Steueraffäre von Angela Rayner, bisher Nummer zwei in Partei und Regierung, die ihren Rücktritt unumgänglich machte. Auch wenn die Umbildung mit großem medialem Trommelwirbel inszeniert wurde, um die Dominanz der Rechtspopulisten in der öffentlichen Meinung nicht noch weiter zu festigen, blieben die großen Paukenschläge aus.

Ihre Ämter behalten dürfen Finanzministerin Rachel Reeves, Verteidigungsminister John Healey, Umweltminister Ed Miliband und Gesundheitsminister Wes Streeting. Yvette Cooper wechselt vom Innenministerium ins Außenministerium, David

⁴ Vgl. hierzu Chowcat, John: Gegen die Fehlinterpretation des Brexit-Nationalismus. Die Labour Party kann die Tories im Kulturkampf nicht ausstechen. In: Sozialismus.de 1-2024, S. 35–41.

⁵ Home Office: Restoring Control over the Immigration System. May 2025. London, London: GOV.UK (Command Paper, 1326); online verfügbar.

⁶ Enoch Powell (1912–1998) war Althilologe und ein zunächst rechtskonservativer, später rechtsextremer Politiker. Er hatte sich 1965 erfolglos um den Vorsitz der Konservativen Partei beworben. In seiner im April 1968 in Birmingham gehaltenen »Ströme-von-Blut«-Rede prophezeite er eine Katastrophe, wenn weiterhin jährlich 50.000 nicht-weiße Migrant*innen ins Königreich kämen. Die xenophobe Rede hallte lange zugunsten der Tories nach und trug 1970 zur Niederlage der Labour-Regierung mit Premier Wilson bei. Anfang Juli bedauerte Starmer seine fremdenfeindliche Bemerkung und gab an, sein Redemanuskript vor Verlesung nicht gekannt zu haben.

⁷ Turnbull-Dugarte, Stuart J. et al. (2025): Accommodating the Radical Right: The Electoral Costs for Social Democratic Parties, 1.9.2025, SocArXiv; doi.org/10.31235/osf.io/zbmp3_v1.

⁸ Ebd., S. 24f.

Z.

Vierteljahresschrift 36. JG Nr. 143, September 2025, 216 Seiten

Zeitschrift Marxistische Erneuerung

Staat und Kapital

Deppe – *Aufwertung des Nationalstaats* / Goldberg – *Neoliberalismus und Etatismus* / Fisahn – *Vampirkapitalismus und Rüstungskeynesianismus* / Leisewitz – *Staatsausgaben 1872 bis 2020* / Feldmann – *Staatliche Bildungsinvestitionen* / Kettelhoit – *Staat und Subventionen*

Soziale Bewegungen: Liegl / Killroy – *Streikmonitor: Arbeitskonflikte 2024* / Hezel – *»Antifaschismus nicht als »Add-on« begreifen«*

Demokratie – Kampf gegen rechts:
Wehr – *USA – eine Demokratie?* / Weißbecker – *Klarheit über den Nationalsozialismus* / Biver – *Kein Wahlerfolg mit Asylstopp*

Und: Bohn – *Politische Ökonomie des Profi-Fußballs* / Rahman – *Ökologische Krise und Klassenfrage*

Sowie: Kommentare; Zuschriften; Zeitschriftenschau; Berichte; Buchbesprechungen

www.zeitschrift-marxistische-erneuerung.de - [e-mail:redaktion@zme-net.de](mailto:redaktion@zme-net.de)



Z Einzelpreis: 10,- Euro (zzgl.Versand) im Abo: 38,00 Euro; Auslandsabo 46,- Euro (4 Hefte/ Jahr incl. Vers.)
Studenten-Abo: Inland 30,00 u. Ausland 38,- Euro.
Bezug über E-mail, Buchhandel (ISSN 0940 0648)
oder direkt: Z-Vertrieb: Postfach 700 346, 60553 Frankfurt am Main, Tel./ Fax 069 / 5305 4406

Lammy vom Außenministerium ins Justizministerium. Als stellvertretender Premierminister darf er Starmer weiterhin auf der internationalen Bühne vertreten. Shabana Mahmood wechselt vom Justizministerium ins Innenministerium. In ihr Portfolio fällt die Neuregelung der Migration. Wie ihre Vorgängerin hat sie durchblicken lassen, dass man den Vertrag der Europäischen Menschenrechtskonvention – vor allem dessen Art. 8 (Recht auf Achtung des Privat- und Familienlebens) – auch »neu interpretieren« könne, sollte ein Austritt nicht möglich sein.

Der bisherige Kabinettskoordinator Pat McFadden übernimmt die Leitung des Arbeits- und Sozialministeriums anstelle von Liz Kendall. Sie musste die im Büro Starmer beschlossenen restriktiven sozialpolitischen Gesetze vertreten, die die Regierungstätigkeit im ersten Jahr in ein trübes Licht tauchten. Eine Kehrtwende in Richtung integrativer Sozialpolitik wird durch die selbst gesetzten fiskalischen Restriktionen verhindert. Neuer Kabinettskoordinator und zugleich Starmers Chefberater in Wirtschaftsfragen wird der bisherige stellvertretende Finanzminister Darren Jones. Mit ihm steht auch eine Ersatzreserve für den Fall bereit, dass die amtierende Finanzministerin gehen muss, sollte der Etatentwurf für 2026/27 im November zu Turbulenzen auf den Finanzmärkten führen.

Der Londoner Korrespondent der FAZ bemerkte konsterniert: »In Großbritannien ist am Wochenende nicht nur das halbe Kabinett umbesetzt worden, es haben sich – ohne jede Wahlentscheidung – grundlegende politische Gewichte verschoben. Die Personalrochaden des Premierministers Keir Starmer wirkten kraftlos gegenüber dem Saalfeuerwerk, mit dem der Rechtspopulist Nigel Farage auf dem Parteitag seiner Bewegung Reform UK den Anspruch erhob, Starmers Nachfolger in der Downing Street zu werden.« (FAZ, 8.9.2025)

In der Tat sind die politischen Gewichte mit dem Ausscheiden Rayners, der einzigen Repräsentantin des »Arbeitnehmerflügels« der Labour Party, aus der Regierung und der gesellschaftlichen Normalisierung des nationalistischen Rechtspopulismus als einer etablierten Partei weiter nach rechts verschoben. Hier setzt sich eine langfristige Entwicklung fort. Seit den Niederlagen erst der Gewerkschaften und dann der gesamten Labour-Bewegung in den Klassenkämpfen der 1970er-Jahre hält die »Great Moving Right Show« (Stuart Hall) nun seit 50 Jahren an. Einen ersten Höhepunkt erreichte die Rechtsverschiebung 1979 mit dem Wahlsieg der neokonservativen Margaret Thatcher und ihrer nationalistisch-neoliberalen Politik aus harter Austerität, militarisierter Außenpolitik und Vernichtung von Arbeitsschutz- und Gewerkschaftsrechten.

»New Labour« konnte mit der Programmatik des »Dritten Wegs« ab Mitte der 1990er-Jahre keine Gegenbewegung organisieren. Zwar waren die Labour-Regierungen mit den diversen Kabinetten von Tony Blair und Gordon Brown in der Lage, die Zerrüttung des Sozialstaats und der öffentlichen Infrastruktur zu verlangsamen, sie konnten diesen Prozess jedoch nicht umkehren. Mit ihrer Politik – Vollendung der Deregulierung der Finanzmärkte und Schwächung des Industrie- und Dienstleistungskapitals, Fortsetzung einer nur leicht abgeschwächten Austeritätspolitik im öffentlichen Sektor sowie Eintritt in den völkerrechtswidrigen Irakkrieg – normalisierten sie die neoliberale Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik.

Die Zunahme sozialer und regionaler Ungleichheiten in diesen Jahrzehnten wurde nach der Großen Krise 2007-2008 offensichtlich. Nationale und ethnische Vorurteile gegenüber den Arbeitsmigrant*innen aus EU-Ländern wurden von den britischen Rechtspopulisten gegen die weitere Einbindung des UK in die Europäische Union als supranationalen Staatenbund gewendet. Auf die erneuten Jahre der harten Austeritätspolitik der Koalitionsregierung von Konservativen und Liberaldemokraten (2010-2015) gab es eine Antwort: Doch die Politik einer sozial-ökologischen Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft war in der Labour Party nur kurze Zeit in den Jahren 2016 bis 2020 mehrheitsfähig, und das nur in der aktiven Mitgliedschaft, nicht in der Parlamentsfraktion.

Neuwahl der stellvertretenden Labour-Vorsitzenden

Nach dem Rücktritt Rayners muss die Labour Party eine stellvertretende Vorsitzende wählen. Der Parteivorstand hat dazu einen knappen Zeitplan vorgelegt. Das Vorschlagsrecht hatte die Fraktion. Da das Quorum vor drei Jahren auf 20% angehoben worden war, müssen Kandidat*innen die Nominierung von mindestens 80 Abgeordneten vorweisen. Dies gelang der derzeitigen Bildungsministerin Bridget Phillipson, die 175 Stimmen erhielt, sowie der von Starmer bei der Kabinettsumbildung entlassenen Ministerin für Parlamentskoordination, Lucy Powell, die 117 Stimmen erhielt. Bell Ribero-Addy von der wegen Fraktionsausschlüssen geschrumpften Socialist Campaign Group erhielt hingegen nur 24 Stimmen. Phillipson gilt als Kandidatin der Regierungs- und Parteiführung. Laut ersten Umfragen hat Powell den höheren Zuspruch in der Mitgliedschaft. Beide hatten Ende September auf Veranstaltungen am Rande des Parteitags Gelegenheit, ihre politischen Positionen vorzustellen. Die Stimmabgabe findet vom 8. bis zum 23. Oktober statt. Das Ergebnis wird am 25. Oktober bekannt gegeben.

Powell wird von der neu gegründeten innerparteilichen Strömungsorganisation Labour Mainstream Group unterstützt. Dieser Strömung ordnen sich auch Umweltminister Ed Miliband und Andy Burnham, Bürgermeister der Großregion Manchester zu. Neal Lawson, einer der Mitbegründer von Labour Mainstream, erhofft sich, dass diese neue Strömung einen Impuls setzen kann, der über die aktuelle Parteiwahl hinausreicht: »Je enger die Partei wird, desto brüchiger wird sie. Je weniger sie auf die Stimmen ihrer Mitglieder hört, desto weniger wird sie die Not im Land wahrnehmen. Aus diesem Grund haben sich Menschen aus allen Bereichen der Labour Party zusammengeschlossen, um Mainstream zu gründen – eine einzigartige und historische Gruppierung, die vom radikalen linken bis zum rechten Flügel der Partei reicht. Ihre Mission ist es, Labour und das Land davor zu bewahren, in die Fänge von Reform UK zu geraten. Die Mehrheit der Partei wird als Geisel gehalten und zu Positionen, Abstimmungen und Schweigen gezwungen, die in direktem Widerspruch zu den tief verwurzelten Traditionen und Werten der Labour Party stehen. Es ist an der Zeit, die Partei zu befreien.«⁹

⁹ Lawson, Neal: It's time to free Labour from this useless leadership. In: New Statesman, 10.9.2025; www.newstatesman.com/politics/uk-politics/2025/09/its-time-to-free-labour-from-this-useless-leadership.

Probelesen

Wenn diese Probe-Lektüre Sie davon überzeugen konnte, dass Sozialismus das Richtige für Sie mit fundierten Beiträgen zu den Themen

- Berliner Republik/Linke Alternativen
- Wirtschaft & Soziales/Forum Gewerkschaften
- Internationales/Krieg & Frieden
- Buchbesprechungen/Filmkritiken
- sowie zweimonatlich einem Supplement zu

theoretischen oder historischen Grundsatzfragen ist, sollten Sie gleich ein Abo bestellen (und eines der Bücher aus dem VSA: Verlag als Prämie auswählen). Wenn Sie weitere Argumente benötigen, nehmen Sie ein Probeabo (www.Sozialismus.de). Beides geht auch mit dem beigefügten Bestellschein (bitte auf eine Postkarte kleben oder faxen an 040/28 09 52 77-50)

- ☐ Ich abonniere Sozialismus ab Heft _____ zum Preis von € 85,- (incl. Porto; Ausland: + € 20 Porto).
Ich möchte Buchprämie ☐ Russland ☐ Streik ☐ Luxemburg
- ☐ Ich abonniere Sozialismus ab Heft _____ zum verbilligten Preis von € 65,- (für Arbeitslose/Studenten).
Ich möchte Buchprämie ☐ Russland ☐ Streik ☐ Luxemburg
- ☐ Ich bestelle ein Sozialismus-Probeabo ab Heft _____ (3 Hefte zum Preis von € 20,-/Ausland € 25,-).
- ☐ Bitte schicken Sie mir ein kostenloses Probeexemplar.

Name, Vorname

Straße

Plz, Ort

Datum, Unterschrift

Mir ist bekannt, dass ich diese Bestellung innerhalb einer Woche bei der Redaktion Sozialismus, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg, widerrufen kann. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

Datum, 2. Unterschrift

Bitte als
Postkarte
freimachen

Antwort

Redaktion Sozialismus
Postfach 10 61 27
20042 Hamburg

Abo-Prämie

Eines dieser Bücher aus dem VSA: Verlag erhalten Sie, wenn Sie Sozialismus abonnieren oder uns eine/n neuen AbonnentIn nennen (nicht für Probeabo). Bitte auf der Bestellkarte ankreuzen!

Mehr zum Verlagsprogramm:
www.vsa-verlag.de

